

Idsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamazeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 60 Pfg. mit Bringertlohn.

Durch die Post bezogen:

— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —

— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 11.

Dienstag, den 28. Januar

1919.

Politisches.

Das neue Deutschland.

Berlin, 18. Jan. Der Entwurf der Reichsverfassung besteht aus 73 Paragraphen. Die wichtigsten Bestimmungen des aus 17 Paragraphen bestehenden ersten Abschnittes sind folgende: Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten, sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen werden. Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volk.

Der Paragraph 5 stellt fest: Reichsrecht bricht Landesrecht.

Der Paragraph 11 stellt fest, dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Grenzen,

neue deutsche Freistaaten

innerhalb des Reiches zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse und gewerblichen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag, der der Zustimmung der Volksvertretung und der Reichsregierung bedarf. Will sich die Bevölkerung eines Landesteiles aus dem bisherigen Staatsverband lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen Freistaaten zu vereinigen, oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reiches zu bilden, so bedarf es einer Volksabstimmung.

Weiterhin bestimmt die Verfassung: Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt; alle Vorrechte oder Nachteile der Geburt, des Standes, des Berufs oder des Glaubens sind beseitigt. Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der religiösen Überzeugung und ihrer Ausübung ist festgesetzt. Jede Religionsgesellschaft ordnet ihre Angelegenheiten selbständig. Alle Religionsgesellschaften sind einander gleichgestellt.

Der Abschnitt über den Reichspräsidenten bestimmt: Der Reichspräsident wird vom ganzen Volk gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich

abgegebenen Stimmen erhalten hat. Ergibt sich keine Mehrheit, so muß engere Wahl zwischen denjenigen Bewerbern stattfinden, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Der Reichspräsident hat das Reich zu vertreten. Er verkündet die Gesetze. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Dem Reichspräsidenten steht die Exekutive zu. Sein Amt dauert sieben Jahre, seine Wiederwahl ist zulässig. Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern, die vom Reichspräsidenten ernannt werden.

Verlegung des Großen Hauptquartiers nach Kolberg.

Berlin, 20. Jan. Wie der „Berl. Lokalanz.“ erfährt, wird das Große Hauptquartier Anfang Februar von Kassel nach Kolberg verlegt werden. — Nach der „Tägl. Rundschau“ wird der Grenzschutz des Ostens voraussichtlich dem Oberbefehl des Generals von Quast unterstellt werden. Er wird in zwei Bezirke: Grenzschutz Nord, den General von Seedorf mit dem Sitz in Königsberg, und Grenzschutz Süd, den General von Lohberg befehligen wird, geteilt.

Polen mobilisiert.

Posen, 20. Jan. Durch eine Verfügung des Obersten polnischen Volksrates werden sämtliche, den Jahrgängen 1897, 1898 und 1899 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militärdienst zu stellen.

Hindenburg und der Grenzschutz im Osten.

Berlin, 21. Jan. Nach der „B. Z. a. M.“ hat sich die Reichsregierung in den jüngsten Tagen in mehreren Sitzungen mit der Frage des Grenzschutzes im Osten beschäftigt. Es stünde fest, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg die Leitung der zum Grenzschutz notwendigen Operationen übernehme, in Ostpreußen und Westpreußen beginnen freiwillige Volkswehren zu entstehen, die mit den bereits im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen.

Die Sozialisierungsunt.

Der Arbeiterrat für den Regierungsbezirk Merseburg teilt, einer Meldung aus Halle, 21. Januar, zufolge, mit, daß er sämtliche Bergbaubetriebe für Kohlen, Kalk und Kupfer bei Halle,

Mansfeld, Weizensfeld, Bitterfeld und Zeitz zur schleunigsten Sozialisierung unter seine Aufsicht genommen habe, ebenso das Halle'sche Oberamt. Etwaiger Widerstand gegen die Bergesellschaftung der Bergbaubetriebe soll durch einen Generalstreik gebrochen werden.

Königreich Portugal?

Madrid, 23. Jan. Die spanische Regierung erhielt Nachrichten aus Portugal, die besagen, daß die monarchische Bewegung in Nord-Portugal den Sieg davon getragen hat. In Oporto wurde eine neue Regierung gebildet. Wie verlautet, wurde Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß Lissabon sich der Regierung angeschlossen hat. — Havas meldet: An der Grenze eingetroffenen Telegrammen zufolge wurde Montagabend in Gegenwart der versammelten Truppen die Monarchie proklamiert. Der Kriegsminister schloß sich der Bewegung an. Nur in Balenca de Minho ereignete sich ein Zwischenfall, wo der Kommandant sich weigerte, die Fahne der Republik einzuziehen. Die Bewegung ist wahrscheinlich auch in Lissabon erfolgreich. Zahlreiche Republikaner wandern nach Spanien aus.

Prozeß gegen Wilhelm II.

Köln, 23. Jan. Die „Köln. Zeitung“ meldet: Dem Pariser „Excelsior“ vom 20. Jan. zufolge wird der Prozeß gegen Wilhelm II. offiziell und formell auf dem Pariser Verbandstongress, und zwar vor einer zu diesem Zwecke gebildeten Instanz, durchgeführt werden. Das Gutachten der beiden Professoren Larmande und de Lapradelle stellt folgende Punkte auf:

1. Unbestreitbare strafrechtliche Verantwortlichkeit Wilhelms II.
2. Absolutes Recht der Alliierten, von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers zu verlangen.
3. Mangels eines zuständigen Gerichtshofes zur Urteilsfällung wird die Liga der Nationen eine neue Gerichtbarkeit zu schaffen haben, welche „das erste Organ des Völkerbundes“ sein wird. Laut „Le Journal“ vom 19. Januar meldet „National News“ aus London, auf der Friedenskonferenz werde die Forderung erhoben werden, daß Wilhelm II., der Kronprinz und alle übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie dauernd nach Meier verbannt werden sollen.

seinem Befinden frage, er grinst mich doch immer mit schlaudem Lächeln an und spottet mich aus: „Du wärst ja doch froh, wenn es mir schlecht ginge, Du und Deine Sippschaft! Aber den Gefallen zu sterben tue ich Euch noch lange nicht, darauf könnt Ihr Euch verlassen! Mein Geld möchte ich nur, aber noch habt Ihr es nicht!“ Solche und ähnliche Reden muß ich immer anhören. Na, bei der Teilung müßt Ihr mir auch etwas geben für meine viele Mühe! Wenn der Alte nur nicht so entsetzlich geizig wäre! Ich habe schon manchmal versucht, etwas aus ihm herauszubringen, es ist alles umsonst! Heute gab ich mir wieder die größte Mühe. Ueber eine Stunde saß ich bei ihm und hörte seine Grobheiten an. Nun, die Hauptsache ist doch, daß wir seine einzigen Erben sind. Es kann uns also niemand etwas nehmen“, schloß sie seufzend.

„Du warst sehr lange fort“, mischte sich Berta, die bisher schweigend zugehört hatte, in das Gespräch. „Wir haben indessen ein neues Dienstmädchen eingestellt. Und, wer denkst Du, daß es ist? Du wirst Dich wundern.“

„Ach, Dienstmädchen sind mir so gleichgültig“, lautete die Antwort. „Wenn sie nur ordentlich arbeiten.“

„Ja, schon recht, aber unser neues Mädchen kennst Du auch. Rate einmal, wer es ist?“

„Ach was, macht nicht so viel Umstände, wer ist es?“

(Fortsetzung folgt.)

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Maria konnte nicht sprechen. Die Kehle war ihr wie zugeschnürt.

„Also wollen wir das Mädchen nehmen?“ fragte die Mutter leise.

Berta zuckte die Achseln. „Reinetwegen.“ „Sie können bleiben“, sagte die alte Dame kurz.

Maria bekam ein zwar kleines, aber freundliches, nettes Stübchen angewiesen, das wenigstens einen Tisch, eine Kommode und einen einfachen Schrank enthielt. Das Bett zeigte frisch bezogene weiße Kissen, so daß Maria sich ganz bequem fühlte. Nachdem sie ihren Koffer sich hatte kommen lassen, richtete sie sich häuslich ein, ordnete ihre Sachen in Kommode und Schrank und hing das Bild der Mutter, das sie nicht entbehren mochte, über ihrem Bett auf. Während sie dann die Zimmer der Töchter in Ordnung brachte, wurde nebenan sehr laut diskutiert. Fräulein Ella Manders war soeben von einem Ausgange heimgekehrt. Maria hörte, wie die Mutter fragte: „Nun, wie geht es Onkel Gottlieb?“

Die Antwort konnte man nicht mehr verstehen, da man vorsichtigerweise die bis jetzt angelehnte Tür des Nebenzimmers schloß. Aber Maria fühlte einen leisen Stich im Herzen. Sie erinnerte sich deutlich an jenen Gesellschaftsabend bei Kommerzienrat Held, an dem Fräulein Ella

von dem Onkel Gottlieb erzählte, und wie ihr, Maria — der Gedanke an den Brief in ihrer Mutter Kleiderstasche gekommen war, der ebenfalls mit „Gottlieb“ unterzeichnet gewesen. Damals hatte sie über sich gelacht und heute durchfuhr sie derselbe Gedanke.

„Weshalb nur?“ fragte sie sich.

Drinnen hinter der verschlossenen Tür wurde indes eifrig weiter geredet, allerdings in etwas gedämpftem Ton, denn das Gespräch war nicht für fremde Ohren bestimmt. Fräulein Ella beantwortete die Frage der Mutter nach dem Ergehen des Onkels mit einem bedauernden Achselzucken: „Es geht ihm wieder besser. Ich glaube, der Alte lebt so lange wie Methusalem.“

Frau Manders ließ einen tiefen Seufzer hören. „Ja, Kinder, wenn die ersehnte Erbschaft noch lange auf sich warten läßt, dann weiß ich wirklich nicht, was wir anfangen sollen! Man borgt uns schon fast gar nichts mehr. Und doch kostet alles so viel Geld. Cure Toilette, die Gesellschaften, Bälle, Theater! Der vergangene Winter hat den größten Teil unseres noch vorhandenen gewissen Vermögens aufgezehrt. Und alles wieder umsonst geopfert! Keine von euch hat sich verlobt!“

„Nun, nur Gebuld, Mama, es kommt alles noch“, tröstete Ella. „Recht lange, glaube ich, wird Onkel Gottlieb nicht mehr leben; er sieht elend aus, und wenn er auch zehnmal versichert, es gehe ihm gut, ich glaube es doch nicht. Das laßt er bloß, um mich zu ärgern; denn wahrscheinlich abnt er längst, daß wir auf sein Geld warten. Wenn ich ihn noch so liebevoll und treuherzig nach

Nus nah und fern.

Idstein, den 27. Januar 1919

— Das Wahlergebnis im 19. Wahlbezirk (Hessen-Nassau) ist folgendes: Es wurden zur Nationalversammlung gewählt:

- Zentrum:
1. Rentner Richard Müller (Hulda).
 2. Sekretär Josef Beder (Berlin).
 3. Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz (Frankfurt a. M.).

Deutschnationale Volkspartei (konservativ):

1. Pfarrer Karl Beidt (Frankfurt a. M.).

Deutsche Volkspartei (nationalliberal):

1. Prof. Dr. Jakob Nieher (Berlin).

Deutsche demokratische Partei (Freisinn):

1. Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt M.).
2. Oberbürgermeister Koch (Kassel).
3. Professor Schüding (Marburg).

Sozialdemokratie (Mehrheitssozialisten):

1. Volksbeauftragter Phil. Scheidemann (Berlin).
2. Schriftsteller Dr. Max Duard (Frankfurt).
3. Stadtverordneter Gg. Thöne (Kassel).
4. Schriftsteller Gustav Hoch (Hanau).
5. Schuhmachermeister Friedrich Brühne (Sachsenhausen).
6. Ehefrau Johanna Tesch (Frankfurt a. M.).
7. Rechtsanwalt Dr. Einzheimer (Frankfurt a. M.).

— Die Deutsche demokratische Partei hielt am Donnerstag eine öffentliche Versammlung im „Löwen“ ab, die sehr stark besucht war. Die Versammlung stand unter dem Schutze der Besatzungstruppen. Zu Zwischenfällen gab es keinen Anlaß. Nach der Eröffnung durch Herrn Friedrich Ziegenmeyer ergriff Herr Direktor Dr. Höfer aus Wiesbaden das Wort. Er gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch, an dem man das Interesse an der Sache erkenne. Nicht der Partei wegen, sondern der Sache wegen halte man Versammlungen ab, um alle Kräfte zu sammeln. Die politische Betätigung müsse das ganze Volk ergreifen. Der Kampf ist selbstverständlich nötig, aber das Wohl des Ganzen müsse im Auge behalten werden. Besser müsse es werden nach dem traurigen Ende. Am letzten Sonntag habe das Volk die Baumeister zur Nationalversammlung gewählt, nun stehe die Wahl zur preussischen Landesversammlung bevor. Redner behandelt in seinen fast einstündigen Ausführungen die Trennung von Kirche und Staat, die in den bisherigen Parteidebatten eine viel zu große Rolle gespielt habe, die Steuererhebung, Regelung der Verhältnisse zu den Beamten, Lehrern und Offizieren und die Gemeindeverwaltung und meinte, das neue Preußen werde ein ganz anderes Gesicht zeigen. Er wandte sich nun zu den Parteien. Die Rechte sei zusammengeschmolzen, die Linke gewachsen. Fast alle Parteien mußten sich umgestalten. Die ehemalige konservative Partei nenne sich jetzt deutschnationale Volkspartei; früher habe man von der Volkstümlichkeit nie viel gemerkt und sei erstaunt über das neue Programm. Im wesentlichen hege man die alten monarchischen Gedanken. Aber auf deren Boden werde in Zukunft keine Verständigung erzielt. Die Partei habe das gleiche Wahlrecht stets abgelehnt trotz aller Mahnungen; es wäre besser gewesen, sie hätte umgelernt ehe sie sich als Volkspartei gekennzeichnet habe. Das Zentrum, oder christliche Volkspartei, verfolgt unverändert seine Ziele. Wir bekämpfen u. a. seine Forderung: die Konfessionsschule, aufs schärfste, halten dagegen an der altbewährten nassauischen Simultanschule mit Entschiedenheit fest. Wir sind auch für Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Das Zentrum tritt ein für eine Republik Rheinland-Westfalen. Im Rheinland sollte man vorsichtiger sein, denn wir haben ganz besondere Gründe, uns dagegen zu wenden. Die fortschrittliche Volkspartei ist geschlossen in der Deutschen demokratischen Partei aufgegangen, die Linksnationalliberalen haben sich angeschlossen. Die Rechtsnationalliberalen — in der Hauptsache umfassend Vaterlandsparteiler u. Alldeutsche — bilden die Deutsche Volkspartei. In der alten nationalliberalen Partei kränkelte es schon lange. Bei der Abstimmung für das allgemeine Wahlrecht stimmten 36 dafür und 34 dagegen; unter den letzteren befanden sich Bartling, Häuser und Lohmann. Jetzt atmet die neue Partei echte freiheitliche Gesinnung; doch die Wandlung kam gar zu schnell. Die Demokraten sind ihrem alten Programm treu und wollen in echt freiheitlicher Gesinnung den Volksstaat aufbauen helfen. Die Sozialdemokratie nimmt aber alle freiheitlichen Gedanken für sich in Anspruch. Das Erfurter Programm, das aber heute noch ihre Grundlage bildet, ist viel zu einseitig. Es bedeutet: Klassenherrschaft. In der Sozialdemokratie will die Mehrheitspartei sowohl wie die Gruppe der Unabhängigen je das richtige Programm vertreten. Wie lange hat es aber gedauert, bis die Pestbeule Spartakus herausgeschnitten war? Der verstorbene Kultusminister Hoffmann hat ausgesprochen: Wenn uns die Nationalversammlung nicht paßt, wird sie gesprengt. Der Konservative v. Januschau hat i. Zt. geäußert, das Beste wäre, es käme ein Leutnant mit 10 Mann und treibe den Reichstag aus-

einander. Wo ist da ein Unterschied? Vor der Revolution war vieles faul, aber die Geschichte wird darüber richten, ob der richtige Zeitpunkt gewählt war. Das Regieren will auch gelernt sein. Mit Theorie allein kann man nicht regieren. Die deutsche Sozialdemokratie ist international, diejenige der Alliierten dagegen ist national. Wir bekämpfen die Sozialisierung der Wirtschaftsmittel und des Landes. Trotzdem wir von beiden Seiten heftig angefochten wurden, sind wir glänzend aus der Wahl hervorgegangen. Wir wollen lebendig mitarbeiten an dem Aufbau eines Volksstaates für alle Schichten, in echt deutschem Geiste zum Segen des Vaterlandes, damit wir ein halbwegs zufriedenes Dasein bekommen. Ein Herz, ein Volk, ein Vaterland! Lang anhaltender Beifall wurde dem Redner zuteil. — Hr. Knischewsky-Wiesbaden legte die Gründe dar, die die Deutsche demokratische Partei für die Frau sympathisch mache. Ihre Ausführungen klangen in dem ernststen Mahnruf aus, der Liste dieser Partei die Stimme zu geben. Auch sie fand am Schluß ihrer Ausführungen tüchtigen Beifall. — An der lebhaften Diskussion beteiligten sich von sozialdemokratischer Seite die Herren Rirnisse und Keldungs. Es antworteten die Rednerin, Herr Direktor Dr. Höfer und Herr Widel-Hestrich. — Die für die demokratische Sache imposant verlaufene Versammlung wurde von dem Leiter derselben mit dem Wunsche auf einen guten Erfolg auch bei der Wahl zur Landesversammlung geschlossen.

— Verkehr mit dem unbefestigten Gebiet. Die Behörde bringt folgendes in Erinnerung: Der Verkehr zwischen dem besetzten und dem übrigen Deutschland kann nur in besonderen Ausnahmefällen gestattet werden. Deshalb ist es nutzlos, Reiseerlaubnischeine nachzusuchen, wenn die beabsichtigte Reise nicht unbedingt notwendig und von allgemeinem Interesse ist, da in diesen Fällen die Erlaubnis verweigert werden müßte.

— Postverkehr zwischen besetztem und unbefestigtem Gebiet. Nach Auskunft der französischen Verwaltung des Regierungsbezirks Wiesbaden ist der Postverkehr folgendermaßen geregelt: 1. nach dem besetzten Gebiet dürfen verschlossene Briefe, Einschreibebriefe, Wertbriefe, Postanweisungen, Pakete von Behörden und Privatpersonen in allen Angelegenheiten verschlossen zur Verwendung gelangen. Notwendig ist, daß auf der Rückseite der Briefe die genaue Adresse des Absenders angegeben wird. Die Briefe sind auf der Post (Briefkasten) abzuliefern. 2. nach dem unbefestigten Gebiet dürfen offene Briefe mit der genauen Adresse des Absenders a) in Angelegenheiten des Handels, der Industrie, des Zahlungsverkehrs und der Verwaltung versandt werden. Einlieferung bei der Post (Briefkasten). Die Sendungen unterliegen der Zensur in Mainz. b) Behörden dürfen in Angelegenheiten der Verwaltung auch an Privatpersonen Briefe senden, z. B. Briefe, enthaltend Entschlüsse, Entscheidungen und dergl. Auslieferung bei der Post (Briefkasten). Diese Schreiben können verschlossen werden. 3. Telegramme in Angelegenheiten des Handels, einschließlich Lebensmittelhandel, der Industrie und des Zahlungsverkehrs dürfen durch die Kontrolle der französischen Verwaltung nach dem besetzten und unbefestigten Gebiet versandt werden. Abgeliefert werden diese Telegramme bei der Post, die sie ihrerseits der französischen Verwaltung vorlegt. — Richterlaube sind demnach: Geldsendungen in das unbefestigte Gebiet, mit Ausnahme kleiner Geldsendungen im Höchstbetrage von 200 M. Ferner sind nicht erlaubt: Telegramme in Privatangelegenheiten, sei es im besetzten oder unbefestigten Gebiet. Die französische Verwaltung erlaubt offene Postkarten, die sich lediglich auf den Bezug von Nahrungsmitteln beziehen und die keine Privatmitteilungen enthalten, für Privatpersonen nach dem unbefestigten Gebiet. (Vordruckpostkarten für Bestellung von Lebensmitteln). Für die Auslieferung dieser Postkarten sollen bestimmte Termine angegeben werden, so daß deren Verwendung in Sammelungen nach dem unbefestigten Gebiet erfolgen kann. In dieser Angelegenheit wird nähere Verfügung noch ergehen.

— Die Lehrer gegen geistliche Schulinspektion. Der Deutsche Lehrerverein verspricht eine Erklärung, in der es heißt: Das preussische Staatsministerium hat die von den Ministern für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aufgebundene geistliche Ortschaftenaufsicht im Einverständnis mit dem Minister Haensch auf demselben Wege wieder eingeführt. Die preussische Lehrerschaft hatte alles andere eher erwartet, als diese ihr unbegreifliche Maßnahme. Wenn die Regierung diesen Schritt für geboten hielt, so erlaubt sich für die Lehrerschaft daraus auf jeden Fall, daß sie auch von der jetzigen Volksregierung keine Erfüllung ihrer dringenden Anliegen und keinen Schutz ihrer elementarsten Rechte zu erwarten hat. Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Die Lehrer werden jedes gesetzmäßige Mittel ausbieten, zu ihrem Rechte zu kommen; denn um ein Recht, nicht um weniger, handelt es sich hier. Die Lehrer erwarten von allen Geistlichen, die auf ein gutes Verhältnis zwischen Schul- und Pfarrhaus Gewicht legen, daß sie die

Wiederaufnahme des staatlichen Aufsichtsdienstes ablehnen werden.

— Die Stellung der Offiziere und Beamten. Unter Zustimmung der Reichsregierung macht das Kriegsministerium unter dem 14. Januar folgendes bekannt: 1. Jeder aktive Offizier, Sanitäts-, Veterinär-Offizier und Beamte der Armee, der unter der bestehenden Regierung entsprechend dem vom Kriegsministerium eingenommenen Standpunkt seinen Dienst nach besten Kräften versieht, bleibt in dem Genuß der zuständigen Gehalts. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht befugt, die Auszahlung dieser Gehalts zu verhindern. 2. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben nicht das Recht, Offiziere und Beamte zu verabschieden, da hierfür nur der Kriegsminister zuständig ist. Es bleibt ihnen jedoch unbenommen, eine Aenderung der Stellenbesetzung der Offiziere unter eingehender Begründung auf dem vorgeschriebenen Dienstwege zu beantragen.

— Die Bahnen über den westlichen Taunus, also die Strecken im Aartal (Langenschwalbach) und Idstein, die von der Grenze des Mainzer Brückenkopfes bei Michelbach und Wörsdorf geschnitten werden, sind zur Zeit Gegenstand von Besprechungen zwischen den zuständigen Stellen, um die Durchführung der Züge von Wiesbaden und Niederrhausen aus bis zu den erwähnten Grenzorten zu ermöglichen, so daß also der Betrieb sich von Wiesbaden bis Michelbach und bis Wörsdorf erstrecken würde. Eine Zusammenschließung beider Linien läßt sich nicht durchführen. Dagegen soll der Fahrplan der Langenschwalbacher Strecke umgearbeitet werden, so daß er in Einklang mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen desargebietes mit der Rhein- und der Mainzer Gegend kommt.

— Ein staatliches Lohnamt in Preußen. In Preußen ist die Errichtung eines staatlichen Lohnamts geplant, dessen Aufgaben folgende sind: Vermittelndes Eingreifen bei Lohnstreitigkeiten, Untersuchungen der Notwendigkeit der erhobenen Ansprüche und der Erklärungen der Arbeitgeber, Aufklärung über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und Vorarbeiten für den allmählich gleichmäßigen Lohnabbau.

— Massenverhaftungen in Berlin. Der „Vorwärts“ teilt mit: Seit dem 11. Januar sind im ganzen rund 1200 Personen durch Aufhebung der spartakistischen Besetzungen und Einzelverhaftungen in Berlin festgenommen worden. Angefähr die Hälfte ist wieder entlassen worden. Es herrschte eine scharfe Stimmung gegen Liebknecht, der im Verein mit linksstehenden Unabhängigen das wahnsinnige Unternehmen begann. Rabek soll wieder in Berlin aufgetaucht sein. Er hat bereits versucht, die Verbindung mit den gegenwärtig sehr zerstreuten Führern der Spartakusbewegung wieder aufzunehmen.

Bierstadt, 21. Jan. Die Zahl der Geburten im vergangenen Jahre belief sich auf 31, die der Eheschließungen auf 28, die der Sterbefälle dagegen auf 71. Im Kriege gefallen sind im ganzen 151, im letzten Jahre 21 Bierstädter. Die Einwohnerzahl ist von 4247 zu Anfang des Jahres auf 3919 gefallen.

Höchst a. M., 23. Jan. Der Magistrat veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Am Tage nach der Wahl zur Nationalversammlung hat sich im Wahlraum des 8. Stimmbezirks folgender Schriftwechsel vorgefunden: „Lieber Hasselbach! Schide mir doch bitte, wenn es Dir möglich ist, eine Partie zuverlässiger Leute, die ich eventuell wählen lassen kann, für Leute, die abgereist sind. Es sind dies meistens Schlafburschen, die verschwunden sind. Es müssen halt fremde Gesichter sein. Schide mir die Leute ins Wahlbüro in der „Drehscheibe“ bei Winter. Mit Gruß Ruchs.“ Antwort: Kann Dir mit fremden Gesichtern nicht aufwarten. Habe nur bekannte Genossen um mich. Das müssen meiner Auffassung nach Genossen sein, die unbedingt zuverlässig sind und wir haben viele neue Gesichter hier. Wieviel sollten es denn sein? Schlepperdienst sehr faul hier. Gruß Hasselbach.“ Der vorgenannte Hasselbach ist Mitglied des Wahlausschusses der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Wir veröffentlichen den Briefwechsel mit dem Hinzufügen, daß er auf Beschluß des Magistrats der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung übergeben wurde.“

Frankfurt a. M., 20. Jan. Die Einwohnerzahl Frankfurts ist nach der letzten Zählung auf 390 000 zurückgegangen. Kurz vor dem Krieg betrug sie fast 450 000.

Mainz, 23. Jan. Auf Anordnung der französischen Militärbehörde dürfen der „Mainzer Anzeiger“ und das „Mainzer Journal“ vom 27. Januar ab 14 Tage lang nicht erscheinen. (Das Verbot wurde inzwischen wieder zurückgenommen. D. R.)

Mainz, 20. Jan. Die französische Verwaltung legt Gewicht darauf, den Verkehr zwischen ihrer Besatzungsarmee und der Zivilbevölkerung durch Förderung des französischen Sprachunterrichts zu erleichtern. In größeren Landgemeinden werden freie Kurse errichtet, in denen an mehreren Wochentagen durch französische Sprachlehrer französischer

Sprachunterricht erteilt wird. So sollen jetzt solche auch in Oppenheim, Rierstein und Wörstadt errichtet werden. Im Kreise Bingen ist der französische Sprachunterricht für alle Volksschulen in Stadt und Land behördlich angeordnet worden. Dieser ist in allen Oberklassen an drei Wochenstunden zu erteilen.

Bonn, 22. Jan. Eine dringende Warnung an die weibliche Bevölkerung erläßt die hiesige britische Militärbehörde. Danach ist es deutschen weiblichen Personen verboten, mit britischen Heeresangehörigen auf der Straße zu gehen oder sich mit ihnen zu unterhalten. Die britischen Polizeibeamten sind angewiesen, weibliche Personen, die in Gesellschaft britischer Soldaten betroffen werden, festzunehmen und der städtischen Sittenpolizei zuzuführen.

Düsseldorf, 24. Jan. Der Oberbürgermeister Dr. Dehler wurde verhaftet und durch den Vollzugsrat nach Mülheim (Ruhr) gebracht; er wird dort in einem Hotel unter Bewachung des Mülheimer Arbeiterrates in Haft gelassen. — Die Knebelung der bürgerlichen Presse geht weiter. Nachdem die „Düsseldorfer Nachrichten“ gestern zum ersten Male wieder erschienen sind, wurden sie heute erneut durch den Vollzugsrat des Arbeiterrates verboten. In Düsseldorf erscheint überhaupt keine bürgerliche Zeitung mehr.

Berlin, 24. Jan. Nach hier vorliegenden Meldungen werden am 31. Januar sämtliche noch in der Ausführung befindlichen Heeresaufträge, auch die von der neuen Regierung zur Steuerung der Arbeitslosigkeit herausgegebenen Aufträge, eingestellt werden.

Wahlen zur preussischen Landesversammlung.

Idstein, 27. Jan. Nun wäre auch der Wahlsonntag zur preussischen Landesversammlung vorüber. Ueber die zwei abgehaltenen Wahlversammlungen wird in der heutigen bezw. in der nächsten Nummer berichtet. In unserer Stadt war die Wahlbeteiligung fast gerade so wie am Sonntag zuvor. Von 1689 (1669) eingeschriebenen Wählern machten 1436 (1429) vom Wahlrecht Gebrauch. Das Wahlergebnis ist folgendes. Die eingeklammerten Zahlen sind die Resultate der Wahlen zur Nationalversammlung.

673 (617) Liste Gräf (Sozialdemokr. Mehrheitspartei), 557, (560) Liste Rade (Deutsche demokr. Partei), 133 (167) Liste Gebeschus (Deutsche Volkspartei), 66 (84) Liste Schwarz (Zentrum), 2 (0) Liste Ritter (Deutschnat. Partei), 2 (0) Liste Sender (Unabh. Soz.). 3 Stimmen waren ungültig.

Folgende weitere Ergebnisse konnten wir bis jetzt in Erfahrung bringen. Leider ist unsere Redaktion immer noch ohne Fernsprech-Anschluß, daher die mangelhafte Berichterstattung.

Bernbach: 169 (153) Gräf, 69 (74) Rade. Engenhahn: 37 (51) Gr., 10 (8) Ra., 97 (91) Schwarz.

Ehrenbach: 8 (10) Gr., 48 (48) Ra., 6 (4) Gebeschus.

Esch: 165 (173) Gr., 57 (65) Ra., 21 (73) Gr., 33 (1) Ritter.

Eröftel: 45 (26) Gr., 73 (78) Ra., 1 (14) Ge. Lenzbach: 5 (0) Ra., 17 (20) Ge., 21 (21) Schw.

Niederhau: 31 (18) Gr., 18 (32) Ra., 2 (0) Ge.

Nieder-Oberrod: 39 (47) Gr., 34 (37) Ra., 35 (50) Sender.

Walsdorf: 178 (174) Gr., 133 (74) Ra., 67 (26) Ge.

Wörldorf: 151 (155) Gr., 226 (215) Ra., 2 (1) Schw., 3 (0) Ri.

Wiesbaden: 13125 Soz., 15257 Dsch. demokr. Partei, 7989 Dsch. Volkspartei, 811 Deutschnat. Partei, 6433 Zentrum, 977 Unabh. Soz. (Noch nicht vollständig.)

Heftrich: 113 (121) Ra., 84 (135) Gr., 22 (31) Ge., 13 (0) Ri.

Dassbach: 66 (67) Ra., 9 (5) Gr., 6 (8) Ge. Oberseelbach: 47 (42) Ra., 10 (9) Gr., 26 (42) Ge., 1 (0) Schw.

Niederseelbach: 43 (69) Ra., 52 (49) Gr., 40 (84) Ge., 21 (0) Ri.

Niedernhausen: 82 (96) Ra., 177 (159) Gr., 6 (24) Ge., 223 (223) Schw., 1 (2) E.

Eichenbach: 46 (48) Ra., 44 (36) Gr., 2 (4) Ge., 8 (7) Schw.

Görroth: 33 (55) Ra., 80 (105) Gr., 23 Ge., 14 E.

Langenschwalbach: 473 (468) Ra., 167 (200) Gr., 150 (168) Ge., 333 (373) Schw., 46 (80) Ri.

Das Gesamtergebnis aus dem Kreise ohne die neutralen Orte: 4963 (5007) Demokraten, 5318 (5522) Sozialdemokraten, 1361 (1849) Deutsche Volkspartei, 2246 (2460) Zentr., 515 (421) Deutschnational, 114 (99) Unabh. Soz.

Einige

Ader-Grundstücke

und Garten zu verkaufen durch J. Greden.

Ein Paar alte Herrenscheune No. 44, sowie ein Paar Langschäfte No. 43 sind zu verkaufen.

Obergasse No. 7.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in den Gemarkungen Idstein und Wörldorf belegenen, im Grundbuche von a) Idstein Band 20 Blatt 666 Nr. 1 bis mit 23 und 26, b) Idstein Band 24 Blatt 809 Nr. 1, und c) Wörldorf Band 13 Blatt 444 Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des zu a) und c): Dachdeckers Hermann Schupp 2r (Sohn von Hermann) in Idstein und zu b) auf dessen und des Landmanns Ludwig Werner 2r (Sohn von Ludwig 1r), verheiratet mit Johanne geb. Merkel zu Idstein als Miteigentümer je zur Hälfte eingetragenen Grundstücke:

I. Band 20 Blatt 666.

Gemarkung Idstein.

Idste. Nr. 1: Kartenblatt 67, Parzelle 41/4564, Grundsteuermutterrolle 1479, Gebäudesteuerrolle Nr. 308: Bebaute Hofraum Kreuzgasse Nr. 25. 2 Ar 19 Quadratmeter, Gebäudesteuerverwertungswert 178.— M.

Idste. Nr. 2: Kartenblatt 2, Parzelle 94, Ader auf dem Bodsbahn, 13 Ar 57 Quadratm., 42/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 3: Kartenblatt 2, Parzelle 126, Ader auf dem Bodsbahn, 8 Ar 34 Quadratm., 26/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 4: Kartenblatt 54, Parzelle 3874, Wiese in der Edstahl 19 Ar 6 Quadratm., 1,49/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 5: Kartenblatt 61 Parzelle 4338, Wiese in der Zissenbach, 12 Ar 19 Quadratmeter, 2,39/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 6: Kartenblatt 2, Parzelle 125, Ader auf dem Bodsbahn, 21 Ar 18 Quadratmeter, 66/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 7: Kartenblatt 25, Parzelle 1665, Ader in der Jhlbed, 4 Ar 28 Quadratmeter, 45/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 8: Kartenblatt 2, Parzelle 152, Ader auf dem Bodsbahn, 11 Ar 27 Quadratmeter, 35/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 9: Kartenbl. 24, Parzelle 1591 b, Ader auf dem Gänberg, 16 Ar 57 Quadratmeter, 78/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 10: Kartenblatt 2, Parzelle 95, Ader auf dem Bodsbahn, 13 Ar 28 Quadratmeter, 42/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 11: Kartenblatt 38/ Parzelle 2732, Ader ober der Au, 9 Ar 2 Quadratm. 95/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 12: Kartenblatt 12, Parzelle 917, Ader, jetzt Garten auf dem Schindgraben, 14 Ar 78 Quadratm., 1,57/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 13: Kartenblatt 22, Parzelle 1482, Ader auf dem Gänberg, 17 Ar 82 Quadratm., 84/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 14: Kartenblatt 25, Parzelle 1664, Ader an der Jhlbed, 11 Ar 79 Quadratmeter, 1,25/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 15: Kartenblatt 51, Parzelle 3637 b, untere Gänswiese, 9 Ar 50 Quadrm. 1,86/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 16: Kartenblatt 2, Parzelle 153, Ader auf dem Bodsbahn, 9 Ar 6 Quadratmeter, 28/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 17: Kartenblatt 18, Parzelle 1193, Ader auf der Schanz, 18 Ar 73 Quadratmeter, 1,98/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 18: Kartenblatt 36, Parzelle 2529, Ader im Röhden, 20 Ar 22 Quadratmeter, 4,36/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 19: Kartenblatt 2, Parzelle 96, Ader auf dem Bodsbahn, 8 Ar 19 Quadratmeter, 51/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 20: Kartenblatt 26, Parzelle 1714 a, Ader am Hinterlenzen, 18 Ar, 1,13/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 21: Kartenblatt 9, Parzelle 510 a, Ader unter Riehlseifen, 13 Ar 83 Quadratmeter, 86/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 22: Kartenblatt 8, Parzelle 437, Ader hinter dem Riehweg, 17 Ar 79 Quadratmeter, 1,50/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 23: Kartenblatt 31, Parzelle 2077, Ader auf dem Nollen, 29 Ar 72 Quadratmeter, 2,71/100 Grundsteuerreinertrag;

Idste. Nr. 26: Kartenblatt 24, Parzelle 1592, Ader oben auf dem Gänberg, 9 Ar 47 Quadratm., 45/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag.

II. Band 24 Blatt 809.

Gemarkung Idstein.

Idste. Nr. 1: Kartenblatt 67, Parzelle 4563, Grundsteuermutterrolle 607, Hofraum Einfahrt kleine Kreuzgasse, 41 Quadratmeter.

III. Band 13 Blatt 444.

(Gemarkung Wörldorf.)

Idste. Nr. 1: Kartenblatt 33, Parzelle 269/131, Grundsteuermutterrolle 566, Ader ober dem Altenhof, 20 Ar 97 Quadratmeter, 4,00/100 Tlr. Grundsteuerreinertrag

am 27. März 1919, vormittags 9 Uhr durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 12 — versteigert werden.

Im II. Verzeichnis der mit dem Eigentum verbundenen Rechte ist in Blatt 666 Idstein auf dem Grundstück Idste. Nummer 1 zu Gunsten der

Parzelle Flur 67 Nr. 4563 eine Gang- und Fahrrechtsgerechtigkeit eingetragen.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Dezbr. 1918 in das Grundbuch eingetragen.

Idstein, den 17. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Selbstversorger der Stadt Idstein.

Die sämtlichen von hiesigen Landwirten bezw. Selbstversorgern beantragten Schrottkarten zur Verarbeitung von Gerste und Hafer zum menschlichen Gebrauch sind eingetroffen und können morgen **Mittwoch vormittags von 10—11 Uhr** im Rathaus in Empfang genommen werden. Alle Mengen Hafer für die alte und neue Schrottkarte werden **Donnerstag vorm. 11 Uhr** in einem Saal, welcher mit einem Anhängerkarte versehen sein muß und die genaue Aufschrift des Ablieferers trägt, an der Spritzenremise abgeliefert, von wo dieselben gemeinsam zur Mühle verbracht werden. Die Schrottkarten sind bei der Ablieferung vorzulegen. Die Gerste kann von jedem Erzeuger selbst zur Mühle in Heftrich verbracht werden.

Idstein, den 27. Januar 1919.

Der Magistrat:

Reichfuß, Bürgermeister.

Fuhrleistung-Vergebung.

Das Anfahren von ca. 650 cbm Bruchsteine aus dem fiskalischen Steinbruch am Engenhahnspfad nach dem Ziegelhüttenweg (von der Ziegelhütte nach dem Wald) soll vergeben werden und sind Angebote bis zum **29. ds. Mts.** bei uns einzureichen.

Idstein, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat:

Reichfuß, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Frist zur Einreichung der **Umsatzsteuer-Erklärung** endigt am **31. Januar d. Js.** Zur Abgabe dieser Erklärung sind verpflichtet alle **Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte**, soweit der Gesamtbetrag der für Verierungen bezw. Leistungen vereinnahmten Entgelte im Kalenderjahr mehr als 3000 Mark (für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918 = 1250 Mark) beträgt.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Wer über den Betrag der vereinnahmten Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, wird mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer bedroht. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Die Hebestelle für die Entrichtung von Umsatzsteuer befindet sich im Rathaus, kleines Zimmer, und ist geöffnet von **10—11 Uhr vormittags**.

Idstein, den 22. Januar 1919.

Der Magistrat — Umsatzsteueramt.

Reichfuß.

Lehrerverein Idstein.

Die Mitglieder des Vereins werden zu einer **Versammlung**

auf **Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 1½ Uhr**, im Landesaufnahmehaus dahier eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Schulforderungen des deutschen Lehrervereins. Referent Widel.
3. Vorlage und Besprechung der einzelnen Geschichtslehrpläne.
4. Erhebung der Beiträge für die Brandkasse.

NB. Ein laissez-passer genügt.

Im Auftrag: R. d. d.

Friedrich Rühl

Eisenbahn-Unterassistent

Anna Rühl

geb. Wingenfeld

Vermählte

Idstein, den 26. Januar 1919.

Häute und Felle

jeder Art zum Gerben oder gegen Kauf zu Tagespreisen werden jederzeit angenommen.

Serberei Peter Rheingans,

Sch. im Taunus.

Statt Karten.

Paula Plies
Fritz Barthel, Lehrer
Verlobte

Weglar

Idstein

Januar 1919.

Volksbüro Niedernhausen i.T.

(gegenüber Haus Dumcke im Kurviertel)
Fernspr. 52.

Rechtsauskünfte, Klagesachen, Einziehung von
Forderungen, Gesuche aller Art,
Versicherungen, Hypotheken- und
Grundstücks-Verkehr,
Privat-Auskünfte, Auskünfte
in allen Versicherungs-
angelegenheiten.



Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser geliebtes Töchterchen

Leni

am 27. Januar, vormittags 11 Uhr, im kaum vollendeten 4. Lebensjahre nach
schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Idstein, den 28. Januar 1919.

In tiefer Trauer:
Familie Paul Klaus
" H. Leber.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr statt.

Schützenverein Idstein.

Wir erfüllen hiermit die traurige
Pflicht, die Mitglieder von dem Ableben
unseres Ehrenmitgliedes

Karl Schacht

in Kenntnis zu setzen.

Wir betrauern den Verstorbenen, er
war uns ein lieber Schützenbruder und
ein treues, eifriges Vereinsmitglied, der
überall, wo es galt, die Interessen des
Vereins zu vertreten, in der vordersten
Reihe stand. Seine ehrenhafte Gesinnung,
sein verständliches Wesen sichern ihm unter
uns ein bleibendes Andenken.

Der Schützenverein Idstein.

Dankagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Hinscheiden und der
Beerdigung unseres lieben Enkelchens

Lina

insbesondere Herrn Dekan Ernst für die
trottsche Grabrede, sowie für die vielen
Kranzpenden sagen wir allen unseren
innigsten Dank.

Idstein, den 27. Januar 1919.

Die trauernden Großeltern:
Familie Heint. Diehl.

Gartensamereien

anerkannt beste Sorten, nur keimfähige Ware,
empfiehlt
Theodor Seidel.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 28. ds. Mts., vormittags
10 Uhr anfangend, kommt im Eschenhahner Ge-
meindewald Distrikt Roßberg 16a
nachstehendes Holz zur Versteigerung:

106 Raummeter buchen Scheit
137 " " Kollschicht
104 " " Knüppel und

2445 Stück dergl. Wellen.

Der Anfang wird bei Holzstoß No. 11 un-
mittelbar an der Siebenhügelstraße gemacht.

Eschenhahn, den 22. Januar 1919.

Thomae, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Freitag, den 31. Januar, vormittags 9 Uhr,
kommt im hiesigen Gemeindewald

Distrikt 14 Breitheck,

folgendes Gehölz zur Versteigerung:

98 rm buchen Kollschicht

167 " " Scheit

84 " " Knüppel

4800 buchen Wellen

5 " Stämme.

Zusammenkunft an der Saatschule.

Ehrenbach, den 23. Januar 1919.

Müller, Bürgermeister.

Verloren!

Am Montag abend zwischen 6 und 7 Uhr
wurde auf dem Wege von dem Theodor Vietor-
schen Geschäft nach dem Rabenhauerschen Hause
ein Portemonnaie mit größerem Geldbe-
trag von einem armen Dienstmädchen verloren.
Der Finder wird gebeten, dasselbe gegen Beloh-
nung im Verlag der Idst. Ztg. abzugeben.

Junges Mädchen

sucht Stelle.

Schmidt, Kreuzgasse 33.

Neuregelung des Zulagewesens.

Rundschreiben des Staatssekretärs des
Reichsernährungsamts.

C III 9600 vom 21. Dezember 1918.

Durch die eingetretene Demobilisierung und
das dadurch bedingte Aufhören der eigentlichen
Rüstungsindustrie wird eine Änderung in der
Regelung des Zulagewesens erforderlich. Die
Arbeitserschaft stellt sich mit Recht auf den Stand-
punkt, daß jetzt eine Sonderstellung der bis-
herigen Rüstungsarbeiter, der Schwer- und
Schwerstarbeiter nicht mehr angezeigt ist. Soll
nicht eine Quelle von Unzufriedenheiten für die
Folge gespeist werden, so muß die Forderung,
soweit nicht für Einzelfälle Abweichungen geboten
erscheinen, stattgegeben werden.

Sämtliche Zulagen für Schwer-, Schwerst-
und Rüstungsarbeiter kommen von jetzt ab in
Wegfall. Die Bestimmung des Zeitpunktes
bleibt dem dortigen Ermessen mit der Einschrän-
kung überlassen, daß er nicht nach dem 10. Febr.
1919 liegen soll.

Die Zulagen in dem bisherigen Umfang
können weiter bestehen für folgende Arbeiter-
gruppen:

1. Bergarbeiter (insbesondere auch die Zu-
lagen für die unter Tage Arbeitenden);
2. Schwer- und Schwerstarbeiter bei der
Eisenbahn und die Binnenschiffer.

Für die Bergarbeiter erklärt sich die Aus-
nahme aus der besonderen Schwere ihres Be-
rufes und aus der dringenden Notwendigkeit, die
Kohlenförderung mit allen Kräften zu stei-
gern. Ähnliche Gründe liegen bei den Eisen-
bahnarbeitern vor. Die bisher als Schwer- und
Schwerstarbeiter-Zulagen gegebenen Mehlmän-
gen werden den Oberverteilungsstellen, wie bis-
her, weiter geliefert, sie können nach Ermessen
der Kommunalverbände zur Erhöhung der allge-
meinen Brottration oder der Zulagen für Kinder,
Kranke usw., gegebenenfalls zur Bildung einer
Reserve für Notbestände verwendet werden.

gez. Wurm.

Anspruch auf Fleisch-, Fett-, Brot- und
Mehlzulagen haben nach vorstehender Verfügung
des Reichsernährungsamts im hiesigen Kreis
nur die Bergarbeiter unter Tage und Schwer-
und Schwerstarbeiter der Eisenbahn. Die Zu-
weisung der Fleisch- und Fettzulagen erfolgt un-
mittelbar durch die Kreisfleisch- und Fettstelle.
Anträge auf Zuweisung dieser Zulagen sind sei-
tens der Arbeitgeber bei dem Kreisaußschuß hier,
unter Angabe der in Betracht kommenden Arbei-
ter schriftlich zu stellen.

Die Zuweisung der Mehl- und Brotzulagen,
gemäß Kreisblattbekanntmachung vom 30. Nov.
1918, Kreisblatt Nr. 282, wird den Gemeinde-
vorständen übertragen. Zu berücksichtigen sind
nur die Personen, die regelmäßig körperlich ar-
beiten und nicht Getreideselbstversorger sind.

Langenschwalbach, 20. Januar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Häute.

Die von der Firma Koch u. Co., Frankfurt
a. M., eingerichtete Ledergerberei in Niedern-
hausen nimmt Häute, welche den Landwirten aus
Haus- und Hofschlachtungen anfallen, zur Ger-
bung an. Eines besonderen Erlaubnisheines
zur Gerbung bedarf es nicht.

Langenschwalbach, 18. Januar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

**Schaf-, Kalb- und
Ziegenfelle**

kauft zu besten Preisen

G. F. Landauer-Donner,
Gerberei, Idstein i. T.

Holzversteigerung.

Samstag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr
anfangend, kommt im Engenhahner Gemeindewald
Distr. Hohewald 1 nachsteh. Holz zur Versteigerung:

169 Raummeter buchen Scheit

30 " " Knüppel und

1220 Stück dergl. Wellen.

Distrikt Hohewald 2

42 Raummeter buchen Scheit

22 " " Knüppel und

330 Stück dergl. Wellen.

Der Anfang wird im Hohewald 2 gemacht.

Engenhahn, den 27. Januar 1919.

Prag, Bürgermeister.

Ordentliches Mädchen

für Küche und Hausarbeit sofort gesucht bei
freier Station und guter Behandlung. Angebote
mit Lohnangabe an **Friedrich Vog,**
Niedernhausen i. T., Bahnhofswirtschaft.